

8. Februar 2014 **Presse-Mitteilung**

Friedensbündnis Karlsruhe <http://www.friedensbuendnis-ka.de> und

Initiative gegen Militärforschung an Universitäten <http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf>

„Kein Werben fürs Töten und Sterben“

Am heutigen Samstag gab es in der Karlsruher Schwarzwaldhalle eine gut besuchte Ausbildungsmesse.

Angesichts der zunehmenden Militarisierung aller Lebensbereiche und der Gauckschen Kriegsrede bei der sogenannten „Sicherheitskonferenz“ in München haben Friedensbewegte aus dem Umfeld des Friedensbündnisses Karlsruhe und der „Initiative gegen Militärforschung an Universitäten“ mit Plakaten (Foto) gegen den Stand der Bundeswehr auf der Messe protestiert.

Wie Dietrich Schulze von der Initiative mitteilt, sind die Bewegungen „Schulfrei für die Bundeswehr“ für die Kündigung der Kooperationsvereinbarung und die Bewegung gegen Rüstungsforschung und für Zivilklauseln an Hochschulen trotz Abwendung der Grün-Roten Landesregierung von ihren Wahlversprechen keineswegs am Ende ihres Lateins. Die Initiative habe sich, wie ka-news berichtete, mit der Forderung nach unverzüglicher Beendigung eines US-Militärfinanzierten Forschungsprojekts an den Präsidenten des Karlsruher Instituts für Technologie KIT gewandt.

Auf die in einundeinhalb Stunden vor der Schwarzwaldhalle verteilten 500 Flugblätter mit dem o.g. Titel Bezug nehmend, erklärt Arno Neuber vom Friedensbündnis, dass die Bevölkerungsmehrheit die Auslandseinsätze der Bundeswehr ablehnt, 70% der Berufssoldaten davon abraten, sich bei der Bundeswehr zu verpflichten, fast jeder Dritte in der sechsmonatigen Probezeit aus der Truppe ausscheidet und zwei Drittel der Zivilbeschäftigten die Armee als Arbeitgeber nicht empfiehlt.

Nach zwei furchtbaren Weltkriegen, die von deutschem Boden ausgegangen sind, der erste vor 100 Jahren, hat dieses Land allen Grund auf zivile Konfliktlösungen nach Außen und Innen zu setzen und damit auch der mittelständischen Industrie, die die meisten Ausbildungsplätze schafft, verbesserte Chancen zu eröffnen. Rüstungsexporte töten Menschen und vernichten sinnvolle Arbeitsplätze.

Die TeilnehmerInnen an der Aktion (Foto) erklären, dass sie viele interessante und ermutigende Gespräche mit BesucherInnen der Ausbildungsmesse führen konnten. Zur Frage, was zu tun empfohlen wird: Nachdenken, zivile Alternativen unterstützen, einen Arbeitsplatz in der zivilen Wirtschaft suchen, an weiterführender Tätigkeit im Bildungsbereich für friedliche Perspektiven wirken.

Wer genug hat vom Werben fürs Sterben, sagen Neuber und Schulze abschließend, der möge an der Demonstration des traditionellen Ostermarschs gegen Rüstung und Krieg teilnehmen, die in Baden-Württemberg am Karsamstag von der Stuttgarter Innenstadt zum US-Hauptquartier „AFRICOM“ führt. Dort werden die mörderischen US-Drohnenangriffe mit deutscher Unterstützung z.B. auf Pakistan, Sudan und Jemen geplant und gesteuert.



Kein Werben fürs Sterben



Bundeswehr raus aus Schulen, Hochschulen und Ausbildungsmessen

